

# Inhaltsübersicht

<i>Kapitel 1</i>	
<b>Einführung und Problemaufriss</b>	41
A. Bedeutung der betrieblichen Altersversorgung für die Alterssicherung . . . . .	43
B. Bedeutung der reinen Beitragszusage für die Alterssicherung . . . . .	63
C. Bedeutung des Wechsels zur reinen Beitragszusage für die Alterssicherung	71
D. Nachfolgende Untersuchung . . . . .	75
<i>Kapitel 2</i>	
<b>Leistungsorientierte Versorgungszusagen</b>	80
A. Einführung . . . . .	80
B. Durchführung . . . . .	104
C. Arbeitsrechtliche Pflichten . . . . .	142
D. Zusammenfassung . . . . .	170
<i>Kapitel 3</i>	
<b>Reine Beitragszusage</b>	172
A. Einführung . . . . .	172
B. Durchführung . . . . .	186
C. Arbeitsrechtliche Pflichten . . . . .	187
D. Vergleich mit den leistungsorientierten Versorgungszusagen . . . . .	218
E. Zusammenfassung . . . . .	219
<i>Kapitel 4</i>	
<b>Rechtmäßigkeit von Änderungen leistungsorientierter Versorgungszusagen im Allgemeinen</b>	221
A. Rechtsqualität der Änderung . . . . .	222
B. Rechtscharakter des Änderungsinstruments . . . . .	238
C. Anwendungsbereich des Änderungsinstruments . . . . .	254

D. Anwendungsvorrang des Änderungsinstruments .....	281
E. Rechtskontrolle des Änderungsinstruments .....	348
F. Zusammenfassung .....	444

*Kapitel 5***Rechtmäßigkeit des Wechsels zur reinen Beitragszusage im Besonderen** 446

A. Gestaltungsmöglichkeiten des Wechsels der Zusageform .....	447
B. Rechtsqualität des Wechsels der Zusageform.....	458
C. Rechtmäßigkeit des Wechsels der Zusageform in der Anwartschaftsphase ..	472
D. Rechtmäßigkeit des Wechsels der Zusageform in der Rentenphase .....	552
E. Rechtmäßigkeit des Wechsels des Durchführungswegs.....	580
F. Zusammenfassung .....	598

*Kapitel 6***Empfehlungen für die Praxis** 600

A. Finanzierung der Startgutschrift .....	601
B. Regelung des Sicherungsbeitrags .....	608
C. Sonstige zu beachtende Aspekte .....	616
D. Checkliste für die Praxis .....	618

*Kapitel 7***Wesentliche Ergebnisse der Arbeit** 621

<b>Literaturverzeichnis</b> .....	626
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	676

# Inhaltsverzeichnis

<i>Kapitel 1</i>	
<b>Einführung und Problemaufriss</b>	<b>41</b>
A. Bedeutung der betrieblichen Altersversorgung für die Alterssicherung . . . . .	
I. Vorteile gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung . . . . .	43
II. Vorteile gegenüber der privaten Altersvorsorge . . . . .	45
1. Höhere Breitenwirkung . . . . .	45
2. Attraktivere Versicherungsbedingungen . . . . .	46
3. Geringerer Netto-Vorsorgeaufwand . . . . .	47
4. Ergebnis . . . . .	47
III. Verbreitungshemmnisse . . . . .	47
1. Auswertung der Studien des BMAS und des BMF . . . . .	48
a) Untersuchungsgegenstand und allgemeine Erkenntnisse . . . . .	48
b) Hemmnisse auf Arbeitnehmerseite . . . . .	50
c) Hemmnisse auf Arbeitgeberseite . . . . .	50
d) Ergebnis . . . . .	51
2. Ursachen für die Hemmnisse der Arbeitgeber . . . . .	51
a) Ursachen für zu große Haftungsrisiken . . . . .	52
aa) Einstandspflicht . . . . .	53
bb) Anpassungsprüfungspflicht . . . . .	55
cc) Beitragspflicht zur Insolvenzsicherung . . . . .	56
dd) Zwischenergebnis . . . . .	58
b) Ursachen für zu hohen Verwaltungs- und Informationsaufwand . .	58
aa) Anpassungsprüfungspflicht . . . . .	58
bb) Bilanzierungspflichten . . . . .	59
cc) Auskunftspflichten . . . . .	61
dd) Zwischenergebnis . . . . .	62
c) Ursachen für zu hohe Komplexität . . . . .	62
d) Ergebnis . . . . .	63
B. Bedeutung der reinen Beitragssusage für die Alterssicherung . . . . .	63
I. Begriff nach dem BetrAVG . . . . .	64
II. Überwindung maßgeblicher Hemmnisse der Arbeitgeber . . . . .	64
1. Wegfall der Haftungsrisiken . . . . .	65
2. Begrenzter Verwaltungs- und Informationsaufwand . . . . .	65
3. Ergebnis . . . . .	66

III. Mangelnde Eignung zur weiteren Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung .....	66
1. Geringe Einbindung von KMU .....	67
2. Steigende Komplexität des Betriebsrentenrechts .....	69
3. Fehlender Fokus auf Arbeitgeber mit betrieblicher Altersversorgung .....	69
IV. Zusammenfassung .....	70
C. Bedeutung des Wechsels zur reinen Beitragszusage für die Alterssicherung	71
I. Überwindung der Hemmnisse der Arbeitgeber mit betrieblicher Altersversorgung .....	71
II. Rechtmäßigkeit des Wechsels .....	72
1. Stand der Rechtsprechung .....	72
2. Stand der Literatur .....	73
3. Bestehender Forschungsbedarf .....	74
III. Zusammenfassung .....	75
D. Nachfolgende Untersuchung .....	75
I. Ziele .....	75
II. Reihenfolge .....	76
III. Eingrenzung .....	76
1. Nur Altersversorgungszusagen .....	77
2. Nur Versorgungszusagen bei „normalen“ Arbeitsverhältnissen der Privatwirtschaft .....	77
3. Nur Wechsel durch Tarifvertrag und auf Grund eines Tarifvertrags durch Betriebsvereinbarung .....	78
4. Nur Wechsel zur arbeitgeberfinanzierten, kapitalgedeckten reinen Beitragszusage .....	78
<i>Kapitel 2</i>	
<b>Leistungsorientierte Versorgungszusagen</b>	80
A. Einführung .....	80
I. Rechtsgrundlage .....	80
1. Kollektivrecht .....	81
a) Tarifvertrag .....	82
aa) Nachbindung .....	82
bb) Allgemeinverbindlicherklärung .....	83
(1) Allgemeinverbindlicherklärung nach § 5 Abs. 1a TVG ..	84
(a) Versorgungstarifvertrag über eine gemeinsame Einrichtung .....	84
(aa) Begriff der gemeinsamen Einrichtung .....	84
(bb) Besonderheiten gemeinsamer Einrichtungen zur betrieblichen Altersversorgung .....	85
(b) Sicherung der Funktionsfähigkeit der gemeinsamen Einrichtung .....	85

Inhaltsverzeichnis	13
(aa) Umlagefinanzierte gemeinsame Einrichtung .....	86
(bb) Kapitalgedeckte gemeinsame Einrichtung .....	87
(c) Gemeinsamer Antrag der Tarifvertragsparteien und Einvernehmen des Tarifausschusses .....	87
(d) Zwischenergebnis .....	88
(2) Allgemeinverbindlicherklärung nach § 5 Abs. 1 TVG .....	88
(a) Öffentliches Interesse .....	88
(aa) Überwiegende Bedeutung des Tarifvertrags .....	89
(bb) Absicherung gegen wirtschaftliche Fehlent- wicklung .....	89
(cc) Umsetzung eines anerkannten Interesses des Gesetzgebers .....	90
(b) Gemeinsamer Antrag der Tarifvertragsparteien und Einvernehmen des Tarifausschusses .....	91
(c) Zwischenergebnis .....	91
cc) Ergebnis .....	91
b) Betriebsvereinbarung .....	91
2. Individualrecht .....	93
3. Ergebnis .....	95
II. Inhalt, vor allem Zusageform .....	95
1. Zusageform .....	98
a) Reine Leistungszusage .....	98
b) Beitragsorientierte Leistungszusage .....	100
c) Beitragszusage mit Mindestleistung .....	101
2. Ergebnis .....	103
B. Durchführung .....	104
I. Einzelne Durchführungswege .....	104
1. Unmittelbare Durchführung .....	105
a) Vor- und Nachteile auf Arbeitgeberseite .....	106
b) Vor- und Nachteile auf Arbeitnehmerseite .....	107
2. Mittelbare Durchführung .....	108
a) Direktversicherung .....	109
aa) Vor- und Nachteile auf Arbeitgeberseite .....	111
bb) Vor- und Nachteile auf Arbeitnehmerseite .....	112
b) Pensionskasse .....	114
aa) Vor- und Nachteile auf Arbeitgeberseite .....	116
bb) Vor- und Nachteile auf Arbeitnehmerseite .....	117
c) Pensionsfonds .....	117
aa) Vor- und Nachteile auf Arbeitgeberseite .....	119
bb) Vor- und Nachteile auf Arbeitnehmerseite .....	120
d) Unterstützungs kasse .....	120
aa) Vor- und Nachteile auf Arbeitgeberseite .....	122

bb) Vor- und Nachteile auf Arbeitnehmerseite . . . . .	123
3. Ergebnis . . . . .	124
II. Durchführungsweg als Vertragsinhalt . . . . .	125
1. Gründe für einen Wechsel des Durchführungswegs . . . . .	126
2. Vertragliche Vereinbarung des Durchführungswegs . . . . .	127
a) Grundlegende Wertung des BetrAVG . . . . .	129
aa) Wortlaut . . . . .	130
bb) Systematik . . . . .	131
cc) Telos . . . . .	132
dd) Risikoverteilung . . . . .	133
ee) Zwischenergebnis . . . . .	136
b) Konkludentes Vertragsangebot in Einzelfällen . . . . .	136
aa) Konkludente Direktzusage durch Nennen einer bestimmten Leistungshöhe . . . . .	137
bb) Konkludente Direktzusage durch Zustimmungserfordernis bei Abschluss einer Rückdeckungsversicherung . . . . .	138
cc) Konkludente mittelbare Durchführung durch vorbehaltloses Entrichten von Beiträgen . . . . .	139
dd) Konkludente mittelbare Durchführung durch Nennen der Versorgungseinrichtung . . . . .	140
3. Ergebnis . . . . .	141
III. Zusammenfassung . . . . .	141
C. Arbeitsrechtliche Pflichten . . . . .	142
I. Pflichten des Arbeitgebers . . . . .	142
1. Leistungspflicht . . . . .	143
a) Zeitpunkt der Leistungen . . . . .	143
b) Art der Leistungen . . . . .	144
c) Umfang der Leistungen . . . . .	145
aa) Abhängigkeit von der Versorgungszusage . . . . .	145
bb) Garantie der Leistungen . . . . .	146
cc) Anpassung der Leistungen . . . . .	146
(1) Anwendungsbereich . . . . .	146
(2) Ermessensentscheidung . . . . .	147
(3) Ausnahmen . . . . .	149
(a) Einprozentige Mindestanpassung . . . . .	149
(b) Überschussverwendung zugunsten der Rentner bei Direktversicherungen und Pensionskassen . . . . .	149
(c) Beitragszusage mit Mindestleistung . . . . .	150
(4) Zwischenergebnis . . . . .	150
dd) Teilleistungen . . . . .	150
(1) Unverfallbare Versorgungsanwartschaft . . . . .	151
(2) Berechnung der Höhe . . . . .	152

Inhaltsverzeichnis	15
(a) Berechnung bei reinen Leistungszusagen .....	153
(b) Berechnung bei beitragsorientierten Leistungszusagen .....	155
(c) Berechnung bei Beitragzzusagen mit Mindestleistung .....	155
(d) Abweichende Berechnung im Tarifvertrag .....	156
(3) Zwischenergebnis .....	156
ee) Insolvenzsicherung der Leistungen .....	156
(1) Abhängigkeit von dem Durchführungsweg .....	157
(a) Direktzusagen und Unterstützungskassen .....	157
(b) Direktversicherungen .....	158
(c) Pensionsfonds .....	158
(d) Pensionskassen .....	159
(e) Zwischenergebnis .....	160
(2) Beiträge zur Insolvenzsicherung .....	160
d) Ergebnis .....	161
2. Beitragspflicht nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 BetrAVG .....	161
3. Pflicht zur Einhaltung eines bestimmten Durchführungswegs .....	162
4. Auskunftspflichten .....	162
5. Ergebnis .....	162
II. Pflichten des Arbeitnehmers .....	163
1. Hauptpflicht .....	163
a) Fürsorge- oder Entgeltscharakter der Versorgungsleistungen .....	163
b) Entgelt für Arbeitsleistung oder für Betriebstreue .....	166
c) Keine Hauptpflicht bei bloßer Betriebstreue .....	169
2. Auskunfts- und Anzeigepflichten .....	169
3. Ergebnis .....	170
D. Zusammenfassung .....	170
<i>Kapitel 3</i>	
<b>Reine Beitragzzusage</b>	172
A. Einführung .....	172
I. Rechtsgrundlage .....	173
1. Tarifvertrag .....	173
a) Beiderseitige Tarifbindung .....	173
b) Allgemeinverbindlicherklärung .....	173
aa) Allgemeinverbindlicherklärung nach § 5 Abs. 1a TVG .....	174
(1) Versorgungstarifvertrag über eine gemeinsame Einrichtung .....	174
(2) Sicherung der Funktionsfähigkeit der gemeinsamen Einrichtung .....	175

(3) Gemeinsamer Antrag der Tarifvertragsparteien und Einvernehmen des Tarifausschusses .....	176
(4) Zwischenergebnis .....	177
bb) Allgemeinverbindlicherklärung nach § 5 Abs. 1 TVG .....	177
(1) Öffentliches Interesse .....	177
(a) Überwiegende Bedeutung des Tarifvertrags .....	177
(b) Absicherung gegen wirtschaftliche Fehlentwicklung	178
(c) Umsetzung eines anerkannten Interesses des Gesetzgebers .....	178
(2) Gemeinsamer Antrag der Tarifvertragsparteien und Einvernehmen des Tarifausschusses .....	180
(3) Zwischenergebnis .....	180
c) Ergebnis .....	180
2. Betriebsvereinbarung auf Grund eines Tarifvertrags .....	180
3. Inbezugnahme eines Tarifvertrags .....	182
a) Einschlägiger Tarifvertrag .....	182
b) Einverständnis der Versorgungseinrichtung .....	183
4. Ergebnis .....	184
II. Inhalt, vor allem Zusageform .....	185
B. Durchführung .....	186
C. Arbeitsrechtliche Pflichten .....	187
I. Pflichten des Arbeitgebers .....	187
1. Beitragspflicht nach § 1 Abs. 2 Nr. 2a BetrAVG .....	187
2. Beitragspflicht nach § 23 Abs. 1 BetrAVG .....	188
3. Auskunfts- und Anzeigepflichten .....	189
4. Ergebnis .....	189
II. Pflichten der Versorgungseinrichtung .....	190
1. Leistungspflicht .....	190
a) Zeitpunkt der Leistungen .....	190
b) Art der Leistungen .....	191
c) Umfang der Leistungen .....	192
aa) Abhängigkeit von dem Versorgungskapital und dem Tarifvertrag .....	192
(1) Individuelles Sparmodell in der Anwartschaftsphase .....	193
(2) Kollektives Sparmodell in der Anwartschaftsphase .....	193
(3) Kollektives Sparmodell in der Rentenphase .....	194
(4) Zwischenergebnis .....	194
bb) Garantieverbot .....	195
(1) Kritik am Garantieverbot .....	195
(2) Telos des Garantieverbots .....	196
(a) Wettbewerbsstärkung zwischen den Versorgungseinrichtungen .....	196

(b) Höhere Renditechancen zugunsten der Arbeitnehmer .....	197
(c) Begrenzung der Hemmnisse der Arbeitgeber .....	198
(d) Zwischenergebnis .....	198
(3) Folgen des Garantieverbots .....	199
cc) Anpassung der Leistungen .....	200
(1) Anpassungspflicht nach § 38 PFAV .....	200
(2) Folgen der Anpassungspflicht .....	201
dd) Teilleistungen .....	201
ee) Insolvenzsicherung der Leistungen .....	201
(1) Keine Insolvenzsicherung nach dem BetrAVG .....	202
(2) Vereinbarkeit mit Art. 8 der Insolvenzschutz-Richtlinie .....	203
(3) Folgen des fehlenden Insolvenzschutzes .....	203
d) Ergebnis .....	204
2. Auskunfts- und sonstige Nebenpflichten .....	205
3. Ergebnis .....	205
III. Pflichten der Tarifvertragsparteien .....	205
1. Beteiligungspflicht .....	206
a) Gemeinsame Einrichtung als Versorgungsträger .....	206
b) Einfluss im Aufsichtsrat oder in spezifischen Gremien einer externen Versorgungseinrichtung .....	207
aa) Vereinbarkeit mit dem Gesellschaftsrecht .....	208
bb) Eigene Wahrnehmung oder Vertretung durch Dritte .....	209
cc) Grad der Einflussnahme innerhalb der Organe .....	209
c) Rechtsfolgen bei Verstoß gegen die Beteiligungspflicht .....	210
2. Keine Berücksichtigungs- und Prüfpflicht .....	210
3. Keine Aufnahme- und Einwirkungspflicht .....	212
4. Ergebnis .....	212
IV. Pflichten des Arbeitnehmers .....	212
1. Hauptpflicht .....	213
a) Fürsorge- oder Entgelcharakter der Versorgungsleistungen .....	213
b) Entgelt für Arbeitsleistung oder für Betriebstreue .....	214
c) Keine Hauptpflicht bei bloßer Betriebstreue .....	216
2. Auskunfts- und Anzeigepflichten .....	217
V. Zusammenfassung .....	217
D. Vergleich mit den leistungsorientierten Versorgungszusagen .....	218
I. Gemeinsamkeiten .....	218
II. Unterschiede .....	219
III. Zusammenfassung .....	219
E. Zusammenfassung .....	219

## *Kapitel 4*

Rechtmäßigkeit von Änderungen  
leistungsorientierter Versorgungszusagen im Allgemeinen 221

A. Rechtsqualität der Änderung .....	222
I. Versorgungsrechte .....	223
1. Versorgungsanwartschaft .....	223
a) Dreiteilung nach Ansicht des Dritten Senats des BAG .....	224
aa) Erdienter Teil der Versorgungsanwartschaft .....	224
bb) Erdiente Dynamik der Versorgungsanwartschaft .....	225
cc) Nicht erdienter Teil der Versorgungsanwartschaft .....	227
b) Stellungnahme und Zweiteilung nach anderer Ansicht .....	227
aa) Überzeugender Schutz des erdienten Teils der Versorgungsanwartschaft .....	227
bb) Nicht überzeugender Schutz der erdienten Dynamik der Versorgungsanwartschaft .....	229
(1) Mögliche Ausnahme für Änderungen nach dem 01.01.2018 .....	230
(2) Analoge Anwendung des § 2a Abs. 2 S. 1 BetrAVG ..	231
(3) Zwischenergebnis .....	232
cc) Überzeugender Schutz des nicht erdienten Teils der Versorgungsanwartschaft .....	232
dd) Ergebnis .....	233
2. Versorgungsanspruch .....	233
II. Eingriffsermittlung .....	234
1. Versorgungsanwartschaft .....	234
a) Eingriff in den erdienten Teil der Versorgungsanwartschaft .....	234
aa) Ergebnisbezogene Betrachtung des Dritten Senats des BAG .....	234
bb) Stichtagsbezogene Betrachtung der anderen Ansicht .....	235
cc) Stellungnahme .....	236
b) Eingriff in den nicht erdienten Teil der Versorgungsanwartschaft .....	237
2. Versorgungsanspruch .....	237
III. Zusammenfassung .....	237
B. Rechtscharakter des Änderungsinstruments .....	238
I. Rechtscharakter des Tarifvertrags .....	238
1. Grundlage der Tarifautonomie .....	239
a) Tarifautonomie als staatlich delegierte Autonomie .....	240
b) Tarifautonomie als kollektiv ausgeübte Privatautonomie .....	244
2. Grundlage der Normsetzungsbefugnis .....	245
3. Schlussfolgerungen für den Rechtscharakter .....	247
II. Rechtscharakter der Betriebsvereinbarung .....	247
1. Grundlage der Betriebsautonomie .....	248

a) Betriebsautonomie als staatlich delegierte Autonomie .....	248
b) Betriebsautonomie als private Autonomie .....	250
aa) Kollektive Privatautonomie .....	250
bb) Staatlicher Schutzauftrag .....	251
2. Grundlage der Normsetzungsbefugnis .....	253
3. Schlussfolgerungen für den Rechtscharakter .....	254
III. Zusammenfassung .....	254
C. Anwendungsbereich des Änderungsinstruments .....	254
I. Sachlicher Anwendungsbereich .....	255
II. Persönlicher Anwendungsbereich .....	255
1. Abändernder Tarifvertrag .....	255
a) Aktive, aus der Gewerkschaft ausgeschiedene Arbeitnehmer .....	256
aa) Nachbindung .....	257
bb) Inbezugnahme des Tarifvertrags .....	258
cc) Zwischenergebnis .....	259
b) Ehemalige, noch gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer .....	259
aa) Analoge Anwendung des § 4 Abs. 1 S. 1 TVG .....	260
(1) Regelungslücke .....	260
(2) Vergleichbare Interessenlage .....	263
bb) Zwischenergebnis .....	264
c) Ehemalige, aus der Gewerkschaft ausgeschiedene Arbeitnehmer .....	264
aa) Möglichkeit des Gewerkschaftsbeitritts .....	265
bb) Möglichkeit der gerichtlichen Kontrolle des Tarifvertrags .....	266
cc) Möglichkeit der tarifvertraglichen Vorausermächtigung .....	266
dd) Möglichkeit der spezialgesetzlichen Legitimation .....	267
ee) Zwischenergebnis .....	269
d) Ergebnis .....	269
2. Abändernde Betriebsvereinbarung .....	270
a) Aktive Arbeitnehmer .....	270
b) Ehemalige Arbeitnehmer .....	270
aa) Auslegung des § 77 Abs. 4 S. 1 BetrVG .....	271
bb) Analoge Anwendung des § 77 Abs. 4 S. 1 BetrVG .....	274
(1) Regelungslücke .....	275
(2) Zwischenergebnis .....	280
c) Ergebnis .....	280
III. Zusammenfassung .....	280
D. Anwendungsvorrang des Änderungsinstruments .....	281
I. Zeitkollisionsregel .....	281
II. Günstigkeitsprinzip .....	282
1. Verfassungsrechtliche Einordnung .....	283
2. Einfachgesetzliche Umsetzung .....	284
a) Regelungslücke im BetrVG .....	285

b) Methodische Möglichkeiten des Lückenschlusses .....	289
3. Vergleichsmaßstab .....	291
a) Individueller Günstigkeitsvergleich bei abänderndem Tarifvertrag	291
b) Individueller oder kollektiver Günstigkeitsvergleich bei abändernder Betriebsvereinbarung .....	293
aa) Kollektiver Günstigkeitsvergleich des BAG .....	294
bb) Bedenken gegen einen kollektiven Günstigkeitsvergleich .....	295
(1) Verfassungsrechtliche Bedenken .....	296
(2) Gesetzesystematische Bedenken .....	298
(3) Praktische Bedenken .....	299
(4) Zwischenergebnis .....	301
cc) Individueller Günstigkeitsvergleich .....	301
4. Bereichsausnahmen .....	301
a) Tarifvorbehalt und Tarifvorrang bei Betriebsvereinbarungen .....	302
b) Kollektivvertragsoffenheit bei individualrechtlichen Vereinbarungen .....	303
aa) Konkludente Kollektivvertragsoffenheit .....	303
(1) Konkludente Betriebsvereinbarungsoffenheit des BAG bei AGB .....	304
(2) Bedenken gegen eine konkludente Betriebsvereinbarungsoffenheit bei AGB .....	305
(a) Bedenken hinsichtlich der erläuternden Vertragsauslegung .....	305
(aa) Angebot des Arbeitgebers .....	306
(bb) Annahme des Arbeitnehmers .....	309
(cc) Zwischenergebnis .....	310
(b) Bedenken hinsichtlich der §§ 305 ff. BGB .....	310
(aa) Verbot überraschender Klauseln nach § 305c Abs. 1 BGB .....	310
(bb) Unklarheitenregel nach § 305c Abs. 2 BGB .....	310
(cc) Besondere Klauselverbote nach §§ 308, 309 BGB .....	312
(α) Klauselverbote ohne Wertungsmöglichkeit .....	313
(β) Klauselverbote mit Wertungsmöglichkeit .....	313
(dd) Angemessenheitskontrolle nach § 307 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 BGB .....	315
(α) Unangemessene Benachteiligung i. S. d. § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB .....	315
(β) Unangemessene Benachteiligung i. S. d. § 307 Abs. 2 Nr. 2 BGB .....	318
(ee) Transparenzgebot nach § 307 Abs. 1 S. 2 BGB .....	319
(ff) Zwischenergebnis .....	322
(3) Ergebnis .....	322

bb) Kollektivvertragsoffenheit durch ergänzende Vertragsauslegung .....	323
(1) Vertragslücke .....	323
(a) Änderungsbedarf .....	324
(b) Vereinheitlichungsbedarf .....	325
(aa) Ungeschriebene Tarifvertragsoffenheit .....	326
(bb) Ungeschriebene Betriebsvereinbarungsoffenheit	327
(c) Zwischenergebnis .....	328
(2) Hypothetischer Parteiwille .....	329
(a) Grundsätzlich keine Ergänzung der Versorgungszusage .....	329
(b) Ausnahmsweise Ergänzung für Altzusagen vor dem 16.09.1986 .....	331
(3) Ergebnis .....	334
cc) Ergebnis .....	334
c) Ausschluss des Günstigkeitsprinzips bei AGB .....	334
aa) Abändernder Tarifvertrag .....	335
(1) Teleologische Reduktion des § 4 Abs. 3 Var. 2 TVG .....	336
(a) Telos des § 4 Abs. 3 Var. 2 TVG .....	337
(aa) Geringeres Gewicht der Privatautonomie bei AGB .....	337
(bb) Höheres Gewicht der Tarifautonomie bei abänderndem Versorgungstarifvertrag .....	338
(b) Systematik des § 4 Abs. 3 Var. 2 TVG .....	339
(c) Historie des § 4 Abs. 3 Var. 2 TVG .....	340
(2) Zwischenergebnis .....	340
bb) Abändernde Betriebsvereinbarung .....	341
(1) Geringeres Gewicht der Privatautonomie bei AGB .....	341
(2) Mitbestimmungstatbestände des § 87 Abs. 1 Nr. 8 und Nr. 10 BetrVG .....	341
cc) Ergebnis .....	346
5. Ergebnis .....	347
III. Zusammenfassung .....	347
E. Rechtskontrolle des Änderungsinstruments .....	348
I. Generelle Zulässigkeit einer Rechtskontrolle von Kollektivverträgen .....	349
1. Keine Sperrwirkung des § 310 Abs. 4 S. 1 BGB .....	349
2. Keine Sperrwirkung des Art. 9 Abs. 3 S. 1 GG .....	350
3. Ergebnis .....	351
II. Maßstab des Dritten Senats des BAG .....	352
1. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	353
a) Legitimer Zweck und Geeignetheit .....	353
b) Erforderlichkeit und Angemessenheit .....	354
c) Ergebnis .....	355

2. Grundsatz des Vertrauenschutzes .....	356
a) Echte Rückwirkung .....	356
b) Unechte Rückwirkung .....	357
c) Ergebnis .....	358
3. Drei-Stufen-Modell .....	358
a) Eingriffe in den erdienten Teil der Versorgungsanwartschaft ..	359
b) Eingriffe in die erdiente Dynamik der Versorgungsanwartschaft ..	361
c) Eingriffe in den nicht erdienten Teil der Versorgungsanwartschaft	362
d) Ergebnis .....	363
4. Anwendung des Maßstabs auf den Wechsel zur reinen Beitragszusage .....	364
a) Drei-Stufen-Modell als Maßstab .....	364
aa) Keine Anwendung in der Rentenphase und auf abändernde Tarifverträge .....	365
bb) Keine Anwendung in der Anwartschaftsphase auf abändernde Betriebsvereinbarungen .....	366
(1) Eingriff in die Höhe des erdienten Teils der Versorgungsanwartschaft nicht feststellbar .....	366
(2) Eingriff in die Höhe des nicht erdienten Teils der Versorgungsanwartschaft nicht feststellbar .....	368
cc) Zwischenergebnis .....	369
b) Grundsätze aus Art. 20 Abs. 3 GG als Maßstab .....	369
aa) Rechtsstaatsprinzip als Staatsstrukturprinzip .....	370
bb) Tarifvertrag als Ergebnis staatlicher oder privater Macht ..	370
cc) Betriebsvereinbarung als Ergebnis staatlicher oder privater Macht .....	371
dd) Zwischenergebnis .....	372
c) Ergebnis .....	372
III. Alternativer Maßstab .....	372
1. Rechtsgrundlage des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit .....	373
a) Allgemeiner Grundsatz der Rechtsordnung .....	373
b) Besonderer Grundsatz des Arbeitsrechts .....	375
c) Wesen der einschlägigen Grundrechte .....	376
aa) Grundrechtlicher Schutz der Versorgungsrechte .....	376
(1) Eigentumsfreiheit nach Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG .....	376
(a) Versorgungsanspruch .....	377
(aa) Höhe des Versorgungsanspruchs .....	378
(bb) Dynamik des Versorgungsanspruchs .....	379
(cc) Insolvenzsicherung des Versorgungsanspruchs	380
(b) Versorgungsanwartschaft .....	381
(aa) Höhe der Versorgungsanwartschaft .....	383
(bb) Dynamik der Versorgungsanwartschaft .....	384

Inhaltsverzeichnis	23
(cc) Insolvenzsicherung der Versorgungsanwartschaft .....	384
(c) Zwischenergebnis .....	385
(2) Berufsfreiheit nach Art. 12 Abs. 1 GG .....	385
(a) Versorgungsanspruch .....	385
(b) Versorgungsanwartschaft .....	386
(c) Zwischenergebnis .....	387
(3) Allgemeine Handlungsfreiheit nach Art. 2 Abs. 1 GG ..	387
(a) Versorgungsanspruch und erdienter Teil der Versorgungsanwartschaft .....	388
(b) Nicht erdienter Teil der Versorgungsanwartschaft und sonstige Erwerbsaussichten .....	388
(4) Zwischenergebnis .....	389
bb) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als Inhalt von Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG und Art. 2 Abs. 1 GG .....	389
d) Ergebnis .....	390
2. Rechtsgrundlage des Grundsatzes des Vertrauensschutzes .....	390
a) Allgemeiner Grundsatz der Rechtsordnung .....	390
b) Wesen der einschlägigen Grundrechte .....	393
aa) Eigentumsfreiheit nach Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG .....	393
bb) Allgemeine Handlungsfreiheit nach Art. 2 Abs. 1 GG .....	394
c) Ergebnis .....	394
3. Grundrechtsbindung der Tarifvertragsparteien .....	394
a) Unmittelbare Grundrechtsbindung .....	395
aa) Begründungsansätze .....	395
bb) Bedenken gegen diese Begründungsansätze .....	396
b) Mittelbare Grundrechtsbindung .....	399
aa) Fehlen von Einbruchstellen .....	400
bb) Gesetzesvertretender Notschutz der Arbeitsgerichte .....	401
(1) Vereinbarkeit mit dem Vorrang des Gesetzes .....	401
(2) Vereinbarkeit mit dem Vorbehalt des Gesetzes .....	403
(a) Wesentlichkeitsvorbehalt .....	403
(b) Eingriffsvorbehalt .....	404
(3) Schutzwicht des Gesetzgebers bei abändernden Versorgungstarifverträgen .....	407
(a) Maßstab zur Bestimmung der Grundrechtsgefährdung .....	408
(aa) Rechtsprechung des BVerfG zur Schutzwicht bei Individualverträgen .....	408
(bb) Übertragung der Rechtsprechung auf abändernde Versorgungstarifverträge .....	409
(cc) Konsequenzen für den Maßstab bei abändernden Versorgungstarifverträgen .....	410
(b) Strukturelles Ungleichgewicht zwischen Gewerkschaftsmitglied und Gewerkschaft .....	411

(aa) Mangelnde Beitritts- und Auswahlmöglichkeit der Gewerkschaft .....	411
(bb) Mangelnde Vorhersehbarkeit und Beschränkbarkeit des Tarifinhalts .....	412
(cc) Mangelnde Einwirkungsmöglichkeit auf die verbandsinterne Willensbildung und den externen Tarifinhalt .....	413
(dd) Mangelnde Entzugsmöglichkeit hinsichtlich des Tarifinhalts .....	414
(ee) Zwischenergebnis .....	415
(c) Ungewöhnliche Belastung durch den abändernden Tarifvertrag .....	415
(aa) Eingriff in den Wesensgehalt .....	416
(α) Anwendbarkeit der Wesensgehaltsgarantie im Privatrecht .....	416
(β) Kein Eingriff in den Wesensgehalt .....	417
(γ) Keine Obergrenze der staatlichen Schutzpflicht durch den Wesensgehalt .....	418
(δ) Zwischenergebnis .....	420
(bb) Unverhältnismäßiger Eingriff .....	420
(α) Bedenken hinsichtlich der Tarifautonomie der Tarifvertragsparteien .....	421
(β) Bedenken hinsichtlich des Telos des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes .....	423
(γ) Zwischenergebnis .....	424
(cc) Unangemessener Eingriff .....	425
(α) Vereinbarkeit mit der Tarifautonomie der Tarifvertragsparteien .....	426
(β) Keine faktisch unmittelbare Grundrechtsprüfung .....	427
(γ) Vereinbarkeit mit der Rechtsprechung des BVerfG .....	427
(dd) Zwischenergebnis .....	427
(d) Ergebnis .....	428
(4) Verfassungswidriges Unterlassen der Schutzpflicht durch den Gesetzgeber .....	428
(5) Ergebnis .....	429
c) Ergebnis .....	429
4. Grundrechtsbindung der Betriebsparteien .....	429
a) Unmittelbare Grundrechtsbindung .....	430
b) Mittelbare Grundrechtsbindung .....	430
c) Ergebnis .....	432
5. Konsequenzen für die Rechtskontrolle abändernder Tarifverträge .....	432
a) Keine Kontrolle anhand des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit	432

Inhaltsverzeichnis	25
b) Angemessenheitskontrolle unter Berücksichtigung gesetzlicher Wertungen .....	433
c) Annähernde Ergebnisidentität mit dem Maßstab des Dritten Senats des BAG .....	434
d) Kontrolle anhand des Grundsatzes des Vertrauenschutzes .....	435
aa) Berücksichtigung des Vertrauens .....	435
bb) Bewertung des Vertrauens .....	436
e) Ergebnis .....	437
6. Konsequenzen für die Rechtskontrolle abändernder Betriebsvereinbarungen .....	437
a) Kontrolle anhand des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit .....	438
b) Keine Ausnahme bei Betriebsvereinbarungen auf Grund eines Tarifvertrags .....	440
c) Kontrolle anhand des Grundsatzes des Vertrauenschutzes .....	442
d) Ergebnis .....	442
IV. Zusammenfassung .....	443
F. Zusammenfassung .....	444

### *Kapitel 5*

<b>Rechtmäßigkeit des Wechsels zur reinen Beitragszusage im Besonderen</b>	446
A. Gestaltungsmöglichkeiten des Wechsels der Zusageform .....	447
I. Nebeneinander von Leistungs- und Beitragsanwartschaft .....	447
II. Ablösen einer Leistungs- durch eine Beitragsanwartschaft .....	449
1. Eignung zur weiteren Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung	449
2. Ermitteln der Startgutschrift .....	449
a) Freies Ermitteln der Startgutschrift .....	450
b) Ermitteln der Startgutschrift entsprechend bestehenden gesetzlichen Vorgaben .....	451
aa) Rückstellungsansatz nach IFRS oder US-GAAP .....	451
bb) Rückstellungsansatz der Steuerbilanz .....	453
cc) Rückstellungsansatz der Handelsbilanz .....	454
c) Ergebnis .....	457
III. Ablösen eines Leistungs- durch einen Beitragsanspruch .....	457
IV. Zusammenfassung .....	458
B. Rechtsqualität des Wechsels der Zusageform .....	458
I. Bisherige Eingriffsermittlung .....	459
1. Eingriffe in die Versorgungsanwartschaft .....	459
a) Eingriff in den erdienten Teil der Versorgungsanwartschaft .....	459
b) Eingriff in den nicht erdienten Teil der Versorgungsanwartschaft	460
2. Eingriff in den Versorgungsanspruch .....	461

3. Ergebnis .....	462
II. Neue Eingriffsermittlung .....	462
1. Ablösen einer Leistungs- durch eine Beitragsanwartschaft .....	463
a) Eingriff in den erdienten Teil der Versorgungsanwartschaft .....	464
b) Eingriff in den nicht erdienten Teil der Versorgungsanwartschaft .....	464
aa) Leistungsorientierte Versorgungszusage mit dienstzeitabhängigen Steigerungsraten .....	465
bb) Leistungsorientierte Versorgungszusage mit dienstzeitunabhängigen Steigerungsraten .....	465
c) Eingriff in die Insolvenzsicherungsaussicht .....	467
d) Ergebnis .....	468
2. Ablösen eines Leistungs- durch einen Beitragsanspruch .....	468
a) Eingriff in den Versorgungsanspruch .....	469
b) Eingriff in die Anpassungsaussicht .....	469
c) Eingriff in die Insolvenzsicherungsaussicht .....	470
d) Ergebnis .....	471
III. Zusammenfassung .....	471
C. Rechtmäßigkeit des Wechsels der Zusageform in der Anwartschaftsphase ..	472
I. Wechsel bei Tarifverträgen durch Tarifvertrag .....	472
1. Anwendungsbereich und Anwendungsvorrang .....	473
2. Rechtskontrolle .....	473
a) Angemessenheit des Eingriffs in den erdienten Teil der Versorgungsanwartschaft .....	474
aa) Art und Rang der entgegenstehenden Rechte .....	474
(1) Erdienter Teil der Versorgungsanwartschaft .....	475
(a) Element zur Sicherung persönlicher Freiheit .....	476
(b) Verstärkung des Schutzes durch einen Vertrauenschutz .....	477
(c) Zwischenergebnis .....	478
(2) Tarifautonomie .....	478
(3) Zwischenergebnis .....	480
bb) Intensität des Eingriffs .....	480
(1) Wert der Leistungsgarantie .....	481
(a) Subjektiver oder objektiver Beurteilungsmaßstab ..	481
(b) Wahrscheinlichkeit und Höhe des Garantiefalls ..	482
(aa) Direktzusage .....	482
(bb) Unterstützungskassenzusage .....	482
(cc) Versicherungsförmige Durchführungswege ..	483
(c) Zwischenergebnis .....	486
(2) Kompensation durch Teilgarantie des Arbeitgebers ..	486
(3) Kompensation durch Beteiligungspflicht der Tarifvertragsparteien .....	487

(4) Kompensation durch höhere Renten bei der reinen Beitragszusage .....	488
(a) Vergleichsmaßstab .....	489
(aa) Vergleich des konkreten Rechnungszinses der Startgutschrift mit der Renditeerwartung bei der reinen Beitragszusage .....	490
(bb) Vergleich der Renditeerwartung von AA-Unternehmensanleihen mit der Renditeerwartung von breit diversifizierten Aktien .....	491
(cc) Zwischenergebnis .....	492
(b) Vergleichszeitraum .....	492
(c) Durchführung des Vergleichs .....	493
(aa) Renditeerwartung von AA-Unternehmensanleihen .....	493
(o) IBoxx Euro Corporates AA-Index als Datengrundlage .....	494
(β) Renditeentwicklung von hochbonitären Staatsanleihen als Datengrundlage .....	494
(bb) Renditeerwartung von breit diversifizierten Aktien .....	495
(cc) Erwartete Renditedifferenz .....	495
(o) Übereinstimmung mit der historischen Aktienrisikoprämie plus Spread .....	496
(β) Konsequenzen für das erreichbare Gesamtversorgungsvermögen .....	496
(dd) Zwischenergebnis .....	497
(d) Renditewahrscheinlichkeit bei breit diversifizierten Aktien .....	497
(aa) Einzeltitelrisiko .....	498
(bb) Volatilitätsrisiko .....	498
(cc) Ausgleich des Volatilitätsrisikos durch Anlagedauer .....	499
(o) Rendite von 5,5 Prozent p.a. nach circa vierzig Jahren .....	499
(β) Renditevorsprung nach circa zwanzig Jahren .....	500
(γ) Zwischenergebnis .....	501
(dd) Ausgleich des Volatilitätsrisikos durch Mischung .....	501
(o) Aktien-Anleihen-Portfolio als Klassiker ..	502
(β) Nachteile einer Mischung .....	502
(γ) Zwischenergebnis .....	503
(ee) Ausgleich des Volatilitätsrisikos durch Risikomanagement, vor allem durch Puffer .....	504

(a) Anwärterpuffer .....	505
(β) Sicherungsbeitragspuffer .....	506
(ff) Zwischenergebnis .....	507
(5) Zwischenergebnis .....	507
cc) Gesetzliche Wertungen in vergleichbaren Fällen .....	507
(1) § 21 Abs. 2 BetrAVG .....	508
(2) § 4 Abs. 3 S. 5 BetrAVG .....	509
(a) Vergleichbarkeit der Fallkonstellationen .....	510
(b) Konsequenzen für die Gewichtung der entgegenstehenden Rechte .....	510
(3) § 19 Abs. 1 BetrAVG i. V. m. §§ 2, 2a Abs. 1 BetrAVG und § 1b Abs. 1 S. 1 BetrAVG .....	510
(a) Vergleichbarkeit der Fallkonstellationen .....	511
(b) Konsequenzen für die Gewichtung der entgegenstehenden Rechte .....	513
dd) Konkrete Abwägung .....	514
ee) Ergebnis .....	514
b) Angemessenheit des Eingriffs in den nicht erdienten Teil der Versorgungsanwartschaft .....	514
aa) Art und Rang der entgegenstehenden Rechte .....	515
(1) Nicht erdienter Teil der Versorgungsanwartschaft .....	515
(a) Bedeutung für die persönliche Freiheitsentfaltung ..	516
(b) Keine Verstärkung des Schutzes durch einen Vertrauenschutz .....	516
(c) Zwischenergebnis .....	517
(2) Tarifautonomie .....	517
(3) Zwischenergebnis .....	517
bb) Intensität des Eingriffs .....	517
(1) Wert des nicht erdienten Teils der Versorgungsanwartschaft .....	518
(a) Leistungsorientierte Versorgungszusage mit dienstzeitabhängigen Steigerungsraten .....	518
(b) Leistungsorientierte Versorgungszusage mit dienstzeitunabhängigen Steigerungsraten .....	518
(c) Zwischenergebnis .....	518
(2) Kompensation durch höhere Renten bei der reinen Beitragszusage .....	519
(3) Zwischenergebnis .....	519
cc) Gesetzliche Wertungen in vergleichbaren Fällen .....	519
dd) Konkrete Abwägung .....	520
ee) Ergebnis .....	520
c) Angemessenheit des Eingriffs in die Insolvenzsicherungsaussicht .....	521
aa) Art und Rang der entgegenstehenden Rechte .....	521

Inhaltsverzeichnis	29
bb) Intensität des Eingriffs .....	522
(1) Wert der Insolvenzsicherungsaussicht .....	522
(a) Wahrscheinlichkeit eines Sicherungsfalls .....	522
(b) Höhe eines Sicherungsfalls .....	523
(c) Zwischenergebnis .....	523
(2) Kompensation durch Insolvenzsicherungsaussicht gegen den Sicherungsfonds der Versorgungseinrichtung .....	523
(3) Kompensation durch Vermeiden von Leistungssenkungen .....	524
(a) PSVaG-2 .....	525
(b) Sicherungsbeitrag .....	526
(4) Kompensation durch höhere Renten bei der reinen Beitragszusage .....	527
(5) Zwischenergebnis .....	528
cc) Gesetzliche Wertungen in vergleichbaren Fällen .....	528
(1) Vergleichbarkeit der Fallkonstellationen .....	529
(2) Konsequenzen für die Gewichtung der entgegenstehenden Rechte .....	529
dd) Konkrete Abwägung .....	530
ee) Ergebnis .....	530
3. Ergebnis .....	530
II. Wechsel bei Betriebsvereinbarungen durch Tarifvertrag .....	531
III. Wechsel bei Betriebsvereinbarungen durch Betriebsvereinbarung .....	531
1. Anwendungsbereich und Anwendungsvorrang .....	532
2. Rechtskontrolle .....	533
a) Legitimer Zweck .....	533
b) Geeignetheit .....	534
c) Erforderlichkeit .....	535
aa) Nebeneinander von Leistungs- und Beitragsanwartschaft .....	535
bb) Abfindung der Leistungsanwartschaft und reine Beitragszusage .....	536
cc) Zwischenergebnis .....	537
d) Angemessenheit .....	537
aa) Eingriff in den erdienten Teil der Versorgungsanwartschaft .....	538
(1) Art und Rang der entgegenstehenden Rechte .....	538
(2) Intensität des Eingriffs .....	539
(3) Konkrete Abwägung .....	540
bb) Eingriff in den nicht erdienten Teil der Versorgungsanwartschaft und die Insolvenzsicherungsaussicht .....	541
(1) Art und Rang der entgegenstehenden Rechte .....	541
(2) Intensität des Eingriffs .....	542
(3) Konkrete Abwägung .....	542
3. Ergebnis .....	543

IV. Wechsel bei Individualvereinbarungen durch Tarifvertrag .....	543
1. Mangelnde Günstigkeit .....	544
2. Ausnahme vom Günstigkeitsprinzip .....	544
a) Kollektiver Günstigkeitsvergleich .....	544
b) Tarifvertragsoffenheit .....	545
c) Teleologische Reduktion des § 4 Abs. 3 Var. 2 TVG .....	546
aa) Regelungslücke .....	547
(1) Systematik .....	547
(2) Historie .....	549
(3) Telos .....	549
bb) Zwischenergebnis .....	550
3. Ergebnis .....	550
V. Wechsel bei Individualvereinbarungen durch Betriebsvereinbarung .....	550
1. Mangelnde Günstigkeit .....	550
2. Ausnahme vom Günstigkeitsprinzip .....	551
3. Rechtskontrolle bei Versorgungszusagen in Form von AGB von vor dem 16.09.1986 .....	551
4. Ergebnis .....	552
VI. Zusammenfassung .....	552
D. Rechtmäßigkeit des Wechsels der Zusageform in der Rentenphase .....	552
I. Wechsel bei Tarifverträgen durch Tarifvertrag .....	553
1. Anwendungsbereich und Anwendungsvorrang .....	553
2. Rechtskontrolle .....	553
a) Angemessenheit des Eingriffs in den Versorgungsanspruch .....	553
aa) Art und Rang der entgegenstehenden Rechte .....	554
(1) Versorgungsanspruch .....	554
(a) Element zur Sicherung persönlicher Freiheit .....	554
(b) Verstärkung des Schutzes durch einen Vertrauenschutz .....	555
(c) Zwischenergebnis .....	556
(2) Tarifautonomie .....	556
(3) Zwischenergebnis .....	556
bb) Intensität des Eingriffs .....	556
(1) Wert der Leistungsgarantie .....	557
(2) Kompensation durch höhere Renten bei der reinen Beitragszusage .....	558
(a) Vergleichsmaßstab und Vergleichszeitraum .....	558
(b) Durchführung des Vergleichs .....	558
(c) Renditewahrscheinlichkeit bei breit diversifizierten Aktien .....	559
(aa) Einzeltitelrisiko und Volatilitätsrisiko .....	559
(bb) Ausgleich des Volatilitätsrisikos durch Anlagedauer .....	559

(cc) Ausgleich des Volatilitätsrisikos durch Mi- schung .....	560
(dd) Ausgleich des Volatilitätsrisikos durch Risiko- management, vor allem durch Puffer .....	561
(α) Puffer durch vorsichtigen Rechnungszins ..	561
(β) Puffer durch Überdeckung .....	562
(γ) Sicherungsbeitragspuffer .....	562
(ee) Zwischenergebnis .....	563
(3) Zwischenergebnis .....	563
(cc) Gesetzliche Wertungen in vergleichbaren Fällen .....	563
(1) Vergleichbarkeit der Fallkonstellationen .....	564
(2) Konsequenzen für die Gewichtung der entgegenstehen- den Rechte .....	565
(dd) Konkrete Abwägung .....	566
(ee) Ergebnis .....	566
(b) Angemessenheit des Eingriffs in die Anpassungsaussicht .....	566
(aa) Art und Rang der entgegenstehenden Rechte .....	567
(bb) Intensität des Eingriffs .....	567
(1) Wert der Anpassungsaussicht .....	568
(a) Inflationsrate als Wertindikator .....	568
(b) Voraussichtliche Entwicklung der Inflationsrate in der Rentenphase .....	569
(c) Konsequenzen für den Wert der Anpassungsaussicht	570
(2) Kompensation durch Rentensteigerungen über der Inflationsrate .....	570
(3) Zwischenergebnis .....	571
(cc) Gesetzliche Wertungen in vergleichbaren Fällen .....	571
(1) Vergleichbarkeit der Fallkonstellationen .....	572
(2) Konsequenzen für die Gewichtung der entgegenstehen- den Rechte .....	573
(dd) Konkrete Abwägung .....	573
(ee) Ergebnis .....	573
(c) Angemessenheit des Eingriffs in die Insolvenzsicherungsaussicht	573
(aa) Art und Rang der entgegenstehenden Rechte .....	574
(bb) Intensität des Eingriffs .....	574
(1) Wert der Insolvenzsicherungsaussicht .....	574
(2) Kompensation durch Insolvenzsicherungsaussicht gegen den Sicherungsfonds der Versorgungseinrichtung .....	575
(3) Kompensation durch höhere Renten bei der reinen Beitragszusage .....	575
(4) Zwischenergebnis .....	576
(cc) Gesetzliche Wertungen in vergleichbaren Fällen .....	576
(1) Vergleichbarkeit der Fallkonstellationen .....	577

(2) Konsequenzen für die Gewichtung der entgegenstehenden Rechte .....	577
dd) Konkrete Abwägung .....	578
ee) Ergebnis .....	578
3. Ergebnis .....	578
II. Wechsel bei Betriebsvereinbarungen durch Tarifvertrag .....	578
III. Wechsel bei Betriebsvereinbarungen durch Betriebsvereinbarung .....	579
IV. Wechsel bei Individualvereinbarungen durch Tarifvertrag .....	579
V. Wechsel bei Individualvereinbarungen durch Betriebsvereinbarung .....	580
VI. Zusammenfassung .....	580
E. Rechtmäßigkeit des Wechsels des Durchführungswegs .....	580
I. Gestaltungsmöglichkeiten des Wechsels .....	581
II. Rechtsqualität des Wechsels .....	581
III. Rechtmäßigkeit des Wechsels in der Anwartschaftsphase .....	582
1. Wechsel bei Tarifverträgen durch Tarifvertrag .....	583
a) Art und Rang der entgegenstehenden Rechte .....	583
aa) Durchführungsanspruch .....	583
(1) Element zur Sicherung persönlicher Freiheit .....	584
(2) Keine Verstärkung des Schutzes durch einen Vertrauenschutz .....	585
bb) Tarifautonomie .....	585
cc) Zwischenergebnis .....	586
b) Intensität des Eingriffs .....	586
aa) Wert des Durchführungsanspruchs bei Direkt- und Unterstützungs kassenzusagen .....	586
bb) Kompensation durch Erhalt der nachgelagerten Steuer- und Sozialabgabenpflicht .....	587
(1) Wechsel zur Direktversicherung oder Pensionskasse ..	588
(2) Wechsel zum Pensionsfonds .....	588
cc) Zwischenergebnis .....	589
c) Gesetzliche Wertungen in vergleichbaren Fällen .....	590
d) Konkrete Abwägung .....	590
e) Ergebnis .....	591
2. Wechsel bei Betriebsvereinbarungen durch Tarifvertrag .....	591
3. Wechsel bei Betriebsvereinbarungen durch Betriebsvereinbarung ..	592
a) Legitimer Zweck, Geeignetheit und Erforderlichkeit .....	592
b) Angemessenheit .....	593
aa) Art und Rang der entgegenstehenden Rechte .....	593
(1) Durchführungsanspruch .....	593
(2) Betriebsautonomie .....	594
(3) Zwischenergebnis .....	594
bb) Intensität des Eingriffs .....	594

Inhaltsverzeichnis	33
cc) Konkrete Abwägung .....	594
dd) Ergebnis .....	595
4. Wechsel bei Individualvereinbarungen durch Betriebsvereinbarung ..	596
IV. Rechtmäßigkeit des Wechsels in der Rentenphase .....	596
1. Wechsel zur Direktversicherung oder Pensionskasse .....	596
2. Wechsel zum Pensionsfonds .....	598
V. Zusammenfassung .....	598
F. Zusammenfassung .....	598
<i>Kapitel 6</i>	
<b>Empfehlungen für die Praxis</b>	600
A. Finanzierung der Startgutschrift .....	601
I. Ursprüngliche Direktzusage .....	601
II. Ursprünglich versicherungsförmige Zusage .....	602
1. Deckungsmittel als Startgutschrift .....	602
a) Möglichkeit der Übertragung der Deckungsmittel .....	602
b) Umfang der Deckungsmittel .....	603
2. Zuschusspflicht des Arbeitgebers .....	605
3. Rückforderungsmöglichkeit des Arbeitgebers .....	605
III. Ursprüngliche Unterstützungskaassenzusage .....	606
IV. Zusammenfassung und Empfehlungen für die Praxis .....	606
B. Regelung des Sicherungsbeitrags .....	608
I. Vereinbarung im Tarifvertrag und in der Betriebsvereinbarung .....	608
II. Gestaltung des Sicherungsbeitrags .....	609
1. Wechsel zur reinen Beitragszusage in der Anwartschaftsphase .....	609
a) Sicherungsbeitrag als laufender Beitrag .....	610
b) Situationsbedingter Sicherungsbeitrag .....	610
c) Sicherungsbeitrag als Einmalbeitrag .....	611
2. Wechsel zur reinen Beitragszusage in der Rentenphase .....	612
III. Einsatz und Anlage des Sicherungsbeitrags .....	612
1. Einsatz des Sicherungsbeitrags .....	612
a) Aufbau eines kollektiven Kapitals in der Anwartschaftsphase ..	613
b) Erhöhung des Kapitaldeckungsgrads in der Rentenphase .....	614
2. Anlage des Sicherungsbeitrags .....	615
IV. Zusammenfassung und Empfehlungen für die Praxis .....	616
C. Sonstige zu beachtende Aspekte .....	616
I. Kosten der Vermögensanlage .....	617
II. Mindestkapitalanforderungen der Versorgungseinrichtung .....	617
D. Checkliste für die Praxis .....	618
I. Allgemeine Punkte .....	618

II. Punkte bei einem Wechsel in der Anwartschaftsphase .....	619
III. Punkte bei einem Wechsel in der Rentenphase .....	620
 <i>Kapitel 7</i>	
<b>Wesentliche Ergebnisse der Arbeit</b>	621
 <b>Literaturverzeichnis</b> .....	626
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	676